

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 69, Kottbuserdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierpaltige Zeile 30 Pf.,
Stellengesuche 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf., Beram-
tungsanzeigen zc. 10 Pf. Beirat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 11.

Berlin, den 14. März 1908.

24. Jahrgang.

Kollegen! Kolleginnen! Werbet ständig neue Mitglieder!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Zahlstellen- und Ganzevollmächtigten machen wir jetzt schon darauf aufmerksam, daß sie laut § 49 im Statut verpflichtet sind, die Abrechnung für das 1. Quartal 1908 pünktlich fertigzustellen und nach Ablauf von 14 Tagen, d. h. bis zum 15. April 1908, an uns einzuliefern.

In die einzelnen Mitglieder richten wir das dringende Ersuchen, ihrer Beitragspflicht so rechtzeitig nachzukommen, daß den örtlichen, mit Klaffgeschäften betrauten Funktionären, ihr ohnehin schwieriges Amt nicht unnötig erschwert wird.

2. Der Zahlstelle Wurzen ist die Genehmigung erteilt, vom 1. April ab einen Lokalbeitrag von 10 Pf. pro Monat erheben zu können.

3. Alle Mitgliedsbücher bis Buchnummer 45 000 sind mit Abschluß des Jahres 1907 zur Erneuerung an den Vorstand einzuliefern. Ausgenommen hiervon sind nur diejenigen Bücher, die als Ersatz für eine Mitgliedskarte oder als zweite oder dritte Bücher vom Vorstand ausgestellt sind. Vor Einsendung der alten Bücher ist darauf zu achten, daß die Einträge auf der Titelseite vollständig vorhanden sind, weil nur dann ein richtiger Uebertrag in das neue Mitgliedsbuch möglich ist. Insbesondere ist auch darauf zu achten, daß jedes Buch die Unterschrift des Inhabers trägt, wobei auch der Rufname vollständig ausgeschrieben sein soll. Die alten Bücher werden den Mitgliedern mit den neu ausgestellten Büchern zurückgegeben.

Da wir die Ausfertigung der neuen Mitgliedsbücher mit Ende dieses Monats abschließen, bitten wir um sofortige Einlieferung etwa noch ausstehender Bücher.

4. Nachstehend aufgeführte Mitgliedskarten bzw. Bücher sind den Inhabern abhanden gekommen. Diefelben werden deshalb hiermit für ungültig erklärt und sind bei eventueller Verzeigung anzuhalten und an uns einzuliefern.

Nr. 1 082	ausgestellt für	Anna Schmidt
" 1 895	"	Otto Bölsdorf
" 16 755	"	Karl Weiß
" 18 469	"	Albert Hofmann
" 23 686	"	Christian Clasen
" 25 033	"	Hugo Held
" 37 437	"	Otto Klauß
" 43 381	"	Paul Lanzke
" 53 680	"	Friedrich Schiller
" 62 115	"	Albert Lütz
" 62 339	"	Frieda Schiebel
" 62 755	"	Paul Hertlos
" 69 723	"	Gertrud Scholz
" 70 031	"	Margarethe Dullin
" 70 635	"	Frieda Lüdemann
" 70 841	"	Ida Busse.

5. In das Verzeichnis der Ausgeschlossenen bitten wir aufzunehmen:

Buchbinder Karl Friedenauer,
zurzeit in Hagen i. W.

Der Vorstandsvorsitzende.

Arbeitskammern.

Wiederholt ist schon zum Ausdruck gebracht worden, daß den Arbeitern eine offizielle Vertretung zur Geltendmachung ihrer Interessen fehlt. Die Arbeitgeber haben solche Vertretungen, zum Teil schon sehr lange, zum Teil erst seit kürzerer Zeit. Die Arbeitgeber in Industrie und Handel sind durch die Handelskammern, die Landwirte durch die Landwirtschaftskammern, die Handwerker durch die Handwerkerkammern mit einer offiziellen Vertretung bedacht. Diese Körperschaften sind in der Lage und dazu berufen, die Interessen der hinter ihnen stehenden Arbeitgeber und nur diese der Öffentlichkeit und der Regierung sowie den staatlichen Behörden gegenüber zu vertreten.

Aus dem Zweck dieser Körperschaften ergibt sich, daß sie einseitig sind und sein müssen. Sie formulieren und vertreten die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeitgeber in der Landwirtschaft oder in Industrie und Handel oder im Handwerk. Daß solche offiziellen Interessenvertretungen für die Arbeitgeber bestehen, ist von großem Nutzen für diese. Aber eine gleiche Organisation ist den Arbeitern bisher vorenthalten worden. Und doch haben sie ebenfalls das Bedürfnis, ihre besonderen wirtschaftlichen Interessen durch ein offizielles Sprachrohr laut werden zu lassen, durch eine besondere Organisation den Regierungen und Behörden die Forderungen und die Stellungnahme der Arbeiterschaft zu unterbreiten. Dem Bedürfnis nach einer solchen Organisation wäre durch Schaffung von reinen Arbeiterkammern genügt worden.

Leider hat dieses berechtigte Verlangen der Arbeiterschaft vorläufig keine Aussicht auf Verwirklichung. Die Regierung und auch das Parlament neigen der Auffassung zu, daß paritätische Arbeitskammern zu errichten seien, in denen sowohl die Arbeiter als auch die Arbeitgeber vertreten sein sollen. Schon durch diese Zusammensetzung wird den Arbeitern die Möglichkeit genommen, ihre besonderen Interessen mit berechtigter Einseitigkeit zum Ausdruck zu bringen. Mag eine Arbeitskammer organisiert sein, wie sie wolle, sie wird immer nur auf der Basis eines Kompromisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern tätig sein können. Trotz des Namens Arbeiterkammer ist diese offizielle Organisation keine Vertretung für die Arbeiterinteressen, wie sie den Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkerkammern für die Arbeitgeber entsprechen würde. Aber kann man schon nicht die Taube auf dem Dache erhalten, so könnte man vom Standpunkte des Arbeitsmarktes auch mit dem Sperling vorlieb nehmen, vorausgesetzt, daß der angebokne Sperling einige befriedigende Qualitäten aufweise.

Sieht man sich aber die Vorlage zur Schaffung von Arbeitskammern, wie sie vom Reichsamt des Innern ausgearbeitet worden ist, näher an, so kann man beim besten Willen ihr keine Eigenschaften abgewinnen, durch die sie akzeptabel wäre. Gibt man irgend einer Berufsrichtung eine offizielle Vertretung für ihre Interessen, so ist es erstes Erfordernis, daß man die Angehörigen dieser Richtung für mündig und vollwertig hält. Durch die ganze Vorlage geht aber

ein Zug des Mißtrauens gegen die Arbeiterschaft, der um so ungerechtfertigter ist, als die Erfahrungen mit den Gewerbeberichten doch gezeigt haben, daß ein Zusammenarbeiten mit den Arbeitnehmern auf der Grundlage voller Gleichberechtigung durchaus möglich und für beide Partner im sozialen Kampfe auch durchaus nützlich ist. Man gewährt den Arbeitern zu der geplanten wirtschaftlichen Interessenvertretung kein direktes Wahlrecht, man setzt die aktive Wahlfähigkeit auf 30 Jahre hinauf, man schließt einen großen Teil der gewerblichen Arbeiterschaft von der Teilnahme an der Vertretung überhaupt vollständig aus. Warum? Etwas aus rein wirtschaftlichen Gründen? Das ist kaum anzunehmen; es wären auch schwer solche zu erbringen. Der Grund dürfte vielmehr der sein, daß man befürchtet, die Sozialdemokraten möchten in diesen Vertretungen tonangebend werden. Es ist also ein politischer Grund, der den eigenartigen Aufbau dieser Interessenvertretung veranlaßt hat.

Es soll hier gar nicht erst untersucht werden, ob ein solcher politischer Grund bei der Schaffung einer wirtschaftlichen Interessenvertretung bestimmend sein darf, ob nicht vielmehr vom Standpunkte derer, für die der genannte Grund ausschlaggebend ist, es vorzuziehen wäre, von der Bildung einer Interessenvertretung lieber ganz abzusehen. Denn wenn man Arbeitskammern auf der Grundlage des jetzigen Entwurfs bildet, glaubt man denn dann, die politische Agitation ausgeschaltet zu haben? Nein, man trägt sie erst recht nicht allein in die Arbeiterschaft, sondern bis in die einzelnen gewerblichen Betriebe hinein, von deren Fabrikausschüssen zum Teil ja die Vertreter der Arbeitskammern gewählt werden sollen. Man wird um die Zusammensetzung dieser Fabrikausschüsse ganz anders kämpfen, als dies bisher der Fall war. Die Wahlen zu diesen Ausschüssen werden bei jeder Wahl zu einer Machtprobe der verschiedenen Richtungen führen. Ob dieses Hineintragen politischen Bündnisses in das Innere der gewerblichen Betriebe als ein Fortschritt zu bezeichnen wäre, das ist doch wohl mit Zug und Recht zu bezweifeln. Ganz anders, wenn man etwa auf Grundlage der Verhältniswahl den gewerblichen Arbeitern ermöglichte, Männer ihres Vertrauens in direkter Wahl als Vertreter in die Arbeitskammer zu entsenden. Welche schlimmen Folgen könnten denn bei einem freien Wahlrecht dann entstehen? Die Arbeitervertreter haben die Hälfte der Kammerstimme inne, während als Gegengewicht auf der anderen Seite die gleich große Anzahl von Arbeitgebern ist. Auch den Gewerbeberichten trat man in vielen Kreisen anfänglich mit großem Mißtrauen wegen des praktischen Zusammenarbeitens mit den Arbeitern gegenüber. Aber haben die Arbeitgeber nicht durch ihre Tätigkeit gezeigt, erheben, daß sie praktisch arbeiten wollen und auch tatsächlich arbeiten, zweitens, daß sie ihre politischen Schärpen hinter sachliche Erwägungen zurücktreten lassen, daß sie keineswegs das Feld ihrer Tätigkeit, wie der beliebte Ausdruck lautet, zum „Tummelplatz ihrer politischen Leidenschaften“ machen. Und wenn man schon den Arbeitern bei der Zusammensetzung von Gerichten die Vollwertigkeit mit den Arbeitgebern zuerkannt hat, wie kann man es rechtfertigen, bei der Zusammensetzung von Körperschaften, in denen ausschließlich die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter in ihrer ganzen Einseitigkeit zu vertreten sind, den Arbeitern die Rechte zu nehmen, die ihnen zur Wahl von Gewerbeberichten schon längst eingeräumt sind, ohne daß

sich ein Mißbrauch dieser Rechte durch die Arbeiter herausgestellt hätte? Nein, wollten die Arbeiter auch schon auf reine Arbeiterkammern verzichten und Arbeitskammern zustimmen, dann muß zum mindesten gefordert werden, daß die Wahl der Arbeitervertreter durch ein Verfahren erfolgt, das für eine wirtschaftliche Interessenvertretung sich aus der Sache heraus begründen und rechtfertigen läßt.

Im großen und ganzen entpuppte sich also der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes als vollständig ekenbürtig seinen Vorgängern, dem Vereinsgesetz und dem Gesetzentwurf betr. die Berufsvereine. Ja, in manchen Punkten ist er diesen noch „über“ und man kann es verstehen, wenn über ihn der Stab gebrochen wird und Urteile gefällt werden, als deren Extraktt ein drahtisches „Stürzt das Scheusal in die Volksschlucht!“ sich präzentiert.

In der Verteilung der Vorlage sind sich die drei Gewerkschaftsrichtungen Deutschlands — freie, christliche und kirchlich-Dundersche — einig: alle haben, den bekannt gewordenen Präparierungen zufolge, sich in mehr oder minder scharfen Worten gegen den Entwurf erklärt. Ueber die Stellung der kirchlich-Dunderschen sagt „Die Hilfe“, daß diese Gewerkschaftsrichtung „den Entwurf in vorliegender Form ablehne. Der Aufbau der Arbeitskammern (Anlehnung an die Berufsgenossenschaften), die Kosten, das ganze verwickelte Wahlverfahren, der Ausschluß der Verhältniswahlen, die Nichtberücksichtigung der Arbeiterinnen beim Wahlrecht und die Uebergebung der wirtschaftlichen Staats- und Reichsbetriebe sind die Steine des Anstoßes, die dem Regierungsentwurf für die freibeitlich denkenden Arbeiter unannehmbar machen“.

Auch das von den Herren v. Schulz-Berlin, Professor Dr. Jastron-Charlottenburg und Dr. Fiesch-Frankfurt-Main, herausgegebene „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ kommt nach einer abfälligen Kritik zu dem Resultat, daß „die Arbeitskammern des Entwurfs, die den Arbeitgebern das Recht geben, über die besonderen Interessen der Arbeiter mit zu beschließen, zugleich aber die Wahlung der besonderen Interessen der Arbeitgeber diesen allein überlassen, sich ein Vertrauen (wie die Gewerbegerichte) nie verschaffen können; und so erweist der Entwurf nicht nur den Einzelheiten nach, sondern auch prinzipiell verfehlt“.

Als Kuriosa mag noch erwähnt werden, daß sich bereits eine — Handelskammer, nach dem vorhergehenden bekanntlich die „geeignete“ Instanz hierfür, gegen die Errichtung von Arbeitskammern ausgesprochen hat, da — ein Bedürfnis hierfür nicht vorliege. Woher die konstanzer Handelskammer, um welche es sich hierbei handelt, diese ihre Weisheit hat, das verschweigt sie wohlweislich.

Von Interesse ist schließlich noch die Stellung der Arbeitgeberverbände nahm in einer am 5. März stattgefundenen Ausschlußsitzung eine Resolution an, die da besagt, daß es „der Verein einstimmig für ausgeschlossen halte, daß die im Gesetzentwurf zum Ausdruck gebrachten Aufgaben verwirklicht werden können. Vielmehr erblickt er in

Arbeitskammern auf paritätischer Grundlage eine schwere Gefahr für die gesamte deutsche Industrie, weil sie zur Verschärfung der Gegensätze führen werden. Der Verein spricht sich aber hierdurch keineswegs gegen eine gesetzliche berufliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Sinne der kaiserlichen Botschaft vom 4. Februar 1890 aus“.

Rag auch die Stellung aller derer, die nicht mit uns sind, sein, welche daß sie wolle, nichts wird uns als freibeitlich gesonnene Arbeiter abhalten, für uns die absolut notwendige Ellenbogenfreiheit zu fordern. Mit solchen Gesetzesvorlagen wie die letzte vermag man uns nicht zu befriedigen und nach wie vor wird die in den freien Zentralverbänden zusammengeschlossene Arbeiterschaft die Forderung erheben und vertreten: Fort mit allen heengenden Bestimmungen und Klauseln. Fort mit dem Entwurf betr. Arbeitskammern. Nach wie vor hält sie fest an der Forderung des kölner Gewerkschaftskongresses nach Arbeiterkammern, als die allein richtige und zweckmäßigste Interessenvertretung der Arbeiter.

Ein Scharfmacherfreich.

Als wir in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ in bezug auf die Bewegung im Baugewerbe sagten, daß die Scharfmacher dieser Berufsgruppe jetzt anscheinend die Zeit für gekommen erachteten, um ihren scharfmacherischen Allüren freien Lauf lassen zu können, da ahnten wir noch nicht, daß wir so kurz danach das Gleiche von einer Gruppe unserer Unternehmer sagen könnten, trotzdem auch da schon etwas in der Luft lag, was nicht nach bezaubernder Friedensstimmung ausah. Die Pforzheimer Etuisfabrikanten sind es, die von sich reden machen. Der Vertrauensmann für die Etuisarbeiter in Pforzheim, Kollege Dietrich, erhielt am 8. März nachstehendes Schreiben vom Verband Pforzheimer Etuis- und Kartonnagenfabrikanten:

Herrn A. Dietrich, hier!

Im Herbst 1906 wurden uns von seiten unserer Arbeiterschaft unter Führung des Deutschen Buchbinderverbandes Bedingungen und Forderungen gestellt, die wir auch im Interesse des Friedens während der Zeit der Hochkonjunktur in der Hauptsache bewilligten.

Schon damals wurden von seiten verschiedener Fabrikanten Bedenken laut, bezüglich Anhalten des guten Geschäftsganges und des zehnpromzentigen Warenaufschlages.

Heute schon ist die Zeit gekommen, wo es uns trotz aller Mühe und Anstrengungen zur Unmöglichkeit geworden ist, irgendwelche Aufträge mit dem notwendigen gewordenen Aufschlag zu erhalten, und da es sich in der Hauptsache um ausschlaggebende große

Exportaufträge handelt, bei welchen in der Preisunterbietung verschiedene Plätze unserer Konkurrenz in Betracht kommen, so sind wir am hiesigen Plage auf Grund unserer hohen Arbeitslöhne nicht mehr in der Lage, mitzukonkurrieren, wenn unsere Arbeiterschaft mit einer Lohnverfözung von mindestens 10 Prozent sich nicht einverstanden erklärt.

Die zugeftandenen 10 Prozent Lohn-erhöhungen hätten wir auch in der schlechten Zeit weiter bezahlen können, aber Sie wollen in Berücksichtigung ziehen, daß wir seit 1. Juli 1906 auch die vor und nach der damaligen Bewegung unbarmherzig erzwungenen Aufbesserungen, mehr wie 30 Prozent im Durchschnitt berechnet, mehr für Lohn bezahlen müssen.

Dem Verlangen der Kundschaft, in bezug auf Herabsetzung der Verkaufspreise, sind wir entgegengetreten, indem wir denselben durch die Handelskammern beglaubigte Atteste bezüglich der seit 1907 abermals gestiegenen Materialpreise und Arbeitslöhne vorlegten, aber leider ohne Erfolg.

Es ist nun mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die großen Exportaufträge am hiesigen Plage nicht mehr ausgeführt werden können; die kleineren Orders, die sogenannten Einpaß-Waren, reichen nicht aus, die große Zahl unserer Arbeiter zu beschäftigen, und da seit einiger Zeit schon ein großer Teil der leeren Etuis auswärts plaziert wird, so kann sich unsere Arbeiterschaft die weiter entstehenden und jetzt schon vorauszu sehenden Folgen leicht vorstellen.

Es bleibt deshalb kein anderer Weg übrig, als daß wir die Arbeiterschaft — und das in ihrem eigenen Interesse — ersuchen, uns behilflich zu sein, unsere gefährdete Industrie am hiesigen Plage zu erhalten.

Wir bitten, davon Notiz nehmen zu wollen, daß die Lohnverfözung ab 15. März in Kraft tritt.

Pforzheim, 5. März 1908.

Sodachtend
Vereinigung Pforzheimer Etuis- und Kartonnagenfabrikanten für Pforzheim und Umgebung.

1. Vorsitzender: Ernst Keller.

Bereits im Oktober-November des Vorjahres hatten wir Gelegenheit, uns mit den Pforzheimer Etuisfabrikanten beschäftigen zu müssen. Damals gingen die Herren darauf aus, durch die Nichteingstellung aller ohne genügenden Grund die Arbeitsstätte wechselnden

neue Ordnung darf nicht zu hastig sein, und man muß die Menschen nach und nach an selbständiges Handeln gewöhnen, ehe man sie zu großen Versammlungen beruft und ihnen große Interessen zur Diskussion anvertraut.“

Wie kam der Mann, der sich mit solchen Plänen trug, von neuem zu einer Ministerstellung in Preußen? Die Lage der Monarchie hatte sich seit Steins Sturz noch von Woche zu Woche verschlechtert. Bis in die äußerste Grenze des Reiches hatte sich der Hof zurückziehen müssen; nach der Schlacht bei Friedland am 14. Juni 1807, in der die vereinten Preußen und Russen geschlagen worden waren, erfolgte ein Waffenstillstand, Friedensverhandlungen begannen, der Zar entwickelte sich in ihrem Verlaufe mehr und mehr zum Bundesgenossen Napoleons. Dieser erklärte dem König von Preußen, mit Hardenberg als Minister keine Verhandlungen führen zu wollen, Hardenberg mußte entlassen werden — der König Friedrich Wilhelm III. fragt Napoleon um Rat, wen er an Hardenbergs Stelle setzen solle! Und wie eine graufame Ironie der Geschichte mutet es uns an, daß Napoleon den Freiherrn vom Stein vorschlägt, den Mann, der von nun an im Mittelpunkt des großen Kampfes steht, in dem Napoleon fastlich unterliegt. Der König konnte sich nur schwer entschließen, Stein von neuem zu berufen, der erst im Januar mit maunhaftem Stolz gegen den Eigensinn des Königs aus seiner Stellung geschieden war — dem Drängen des scheidenden Hardenberg gab er endlich nach. Was Napoleon bewegen hat, gerade Stein vorzuschlagen, ist nicht gewiß. Hoffte er ihn gefügig, weil seine Grundherrschafft am Rhein auch nach dem Friedensschluß unter französischer Botmäßigkeit bleiben mußte? Oder besagte es ihm den Preußenkönig durch die Ötrojierung des in Ungnade entlassenen Ministers

zu demütigen? Daß aber Napoleons Ratsschlag die Berufung Steins im Jahre 1807 veranlaßte, hat Friedrich Wilhelm III. selbst wiederholt betont — nach mehr als einer Nichtung charakteristisch ist eine Aeußerung von ihm zu dem französischen Gesandten St. Marsan vom 13. Februar 1810: „Niemand habe ich diesen Minister (Stein) geliebt; ich habe ihn immer als einen egzaltierten Kopf erkannt, in der Tat hat er alles umgestürzt, was eine der Hauptursachen des augenblicklichen Zustandes in diesem Lande ist; übrigens haben Sie bemerken können, daß er in seinem berüchtigten Briefe von mir in unpassender Weise spricht. Aber die öffentliche Meinung war ganz für ihn. Seine Majestät der Kaiser Napoleon wird sich vielleicht erinnern, daß er mir in Tilsit, als ich ihm unter anderem auch die Schwierigkeiten auseinandersetzte, die ich bei der Ersetzung meiner Minister fand, selbst Herrn vom Stein nannte, als eine Persönlichkeit, die allgemein geschätzt würde, und ich gestehe, daß es seine Meinung war, die meine Wahl bestimmte.“

Die von Hardenberg im Auftrag des Königs an Stein ergehende Aufforderung wurde durch Stimmen vom Hofe selbst unterstützt; so schreibt die Prinzessin Nadzwill, eine Cousine des Königs: „Auf Sie, mein lieber Stein, wenden sich alle unsere Blicke in diesen traurigen Augenblicken; von Ihnen hoffen wir Trost und Beseffen der Unbillen, welche Sie von uns entfernt und deren sich zu erinnern Sie zu großmütig sein werden, in einem Augenblick, wo derjenige, welcher Sie beleidigt hat, nur noch Ihre Teilnahme und Hilfe verdient. Können Sie sich unseren Witten entziehen? Können Sie dieses Land unglücklich und verlassen sehen und ihm die Talente, die Einsichten verweigern, die allein uns noch von unserem Fall erheben können? Hardenberg hofft nur auf Sie, er sieht für seinen Herrn

1808—1908.

II.

Ueberall sollen die Kräfte der Bevölkerung entfesselt und in den Dienst des Vaterlandes gestellt werden. In diesem Sinne wird die Einführung der Selbstverwaltung verlangt, in den Städten wie in den Landgemeinden, in den Kreisen und Provinzen. Freilich hatte Stein bei der Selbstverwaltung stets nur die Heranziehung der Besitzenden im Auge — in einer Zeit, wo die besten Männer der Meinung huldigten, daß jeder sich zum Weiß heraufarbeiten und damit die größeren Rechte erwerben könne. Immerhin waren die Besitzforderungen nicht allzu hohe. In dem einzigen Selbstverwaltungsgesetz, das Stein während der kurzen Zeit seines Ministeriums durchzuführen vermochte, eben der Städteordnung von 1808, war das aktive Wahlrecht in den großen Städten (d. h. solchen mit über 10 000 Einwohnern) an ein jährliches Einkommen von 200 Taler, in den übrigen von 150 Taler gebunden; im übrigen war es gleich für alle, die diesen Zensus erreichten, und die Abstimmung eine geheime, so daß wir in Preußen, wo ja auch heute noch das städtische Wahlrecht — direkt oder indirekt — an ein Mindesteinkommen gebunden ist und wo vor allen Dingen in den meisten Provinzen ein Dreiklassenwahlsystem mit öffentlicher Stimmabgabe besteht, die Wiedereinführung der Steinschen Bestimmungen von vor genau 100 Jahren als einen Fortschritt begriffen müßten! Daß das Gebäude der von Stein geplanten Selbstverwaltung von einer Volksvertretung gekrönt werden sollte, folgt aus einem Brief an Hardenberg — in der Passauer Denkschrift handelte es sich um das sofort zu Verwirklichende, um eine Abschlagszahlung: „Der Uebergang aus dem alten Zustand der Dinge in eine

Arbeiter die Löhne der Arbeiter auf ein möglich niedriges Niveau zu halten. Damals arbeiteten die Herren im Stillen. Heute aber glaubt man das nicht mehr notwendig zu haben, sondern niedergehenden Geschäftsgang als Deckmantel benutzend, wird der Arbeiterchaft rundweg diktiert, daß eine zehnprozentige Lohnreduktion stattfindet. Die alte Leiter, die „zu hohen“ Löhne bedingten eine Verminderung der Konsumtionsfähigkeit, soll auch in diesem Falle die überaus fadenstimmige Deckung für einen durch die wirtschaftliche Krise begünstigten Schwachsatz der Unternehmer darstellen. Durch die angekündigte zehnprozentige Lohnreduktion würde die Pforzheimer Etuisarbeiterchaft auf den Stand zurückgedrängt, den sie vor dem 22. September 1906 inne hatte, nur mit dem Unterschied, daß die Arbeitszeit damals 10 Stunden, heute dagegen 9 Stunden währt. Daß die Pforzheimer Etuisarbeiter und Arbeiterinnen sich diesem Beschluß, diesem Diktum der Unternehmer nicht so ohne jeden Widerstand, wie diese es vielleicht in Anbetracht der ihnen günstigen Geschäftslage erwarten, fügen, ist selbstverständlich und bedarf keiner besonderen Betonung. Die Arbeiter haben kein Interesse daran, rückwärts zu gehen, sondern unentwegt rührt sie ihr Weg nach vorwärts. Auch die Unternehmer werden es sich noch zu überlegen haben, ob sie ihren Beschluß, den sie in seinen weiteren Konsequenzen anscheinend noch gar nicht übersehen haben, zur Ausführung bringen werden. Unsere Kollegenchaft ist jedenfalls auf dem Posten und wird ihr Recht zu wahren wissen. Weiter den weiteren Verlauf der Angelegenheit werden wir berichten.

Buchbinderberufe, Buchbindernamen.

b. Sehr viele statistische Arbeiten bedürfen ganz eigenartiger Vorbereitungen, die auf ganz anderen Gebieten liegen als auf dem der statistischen Erhebung. Um eine Krankheits- oder Todesursachenstatistik auszuführen, bedarf es einer ganz genauen Zusammenstellung der Namen aller Krankheiten, der Feststellung, unter welchen verschiedenen Namen von derselben Krankheit bei Ärzten und bei Laien gesprochen wird. Es ist notwendig, die medizinische Namensbezeichnung in den verschiedenen Ländern miteinander zu vergleichen. All das erscheint dem Laien eine verhältnismäßig einfache und rasch zu erledigende Aufgabe, und doch haben deshalb jahrelange Arbeiten internationalen Kongressen voranzugehen müssen, um diese Feststellungen zu machen, und es war schwer, eine Einigung zu erzielen. Ähnlich ging es bei der internationalen Feststellung der Berufe und ihrer Einteilung in Gruppen und Klassen. Trotzdem hat jedes einzelne Land dann

noch seine besonderen Schwierigkeiten, weil bei einer Berufs- und Gewerbebezeichnung die Namen der Berufe von den einzelnen Befragten ausgefüllt werden müssen und da oft Bezeichnungen erscheinen, die in der Schriftsprache vollständig unbekannt sind, ja, den eigentlichen Berufsgruppen nicht geläufig sind, weil sie nur in engbegrenzten Landesteilen üblich sind, während sie sonst ganz unverständlich bleiben. Aber nicht bloß das muß bei den zahlreichen Namen, die innerhalb einer Gewerbebezeichnung vorkommen, beachtet werden, man muß auch berücksichtigen, daß die gewerbliche Entwicklung immer neue Berufsarten schafft, die oft mit besonderen Namen bezeichnet werden, die dem Bearbeiter der Statistik unbekannt sind und über deren Einreihung in die richtige Stelle der Berufsliste er viele unnötige Fragen stellen muß, bis er zur richtigen Antwort gelangt. Derartige Vorarbeiten müssen vor jeder neuen Berufs- und Gewerbebeziehung vorgenommen werden, weil der Zeitraum von 12 oder 13 Jahren, der bei uns zwischen diesen großen Erhebungen liegt, mannigfache Veränderungen im wirtschaftlichen Aufbau eintreten läßt und weil innerhalb dieser Zeit mancher neue Name aufsteht. So genügt es nicht, eine Berufsliste der Färbung vom Jahre 1895 als Grundlage für die Berufs- und Gewerbebeziehung vom 12. Juni 1907 zu benutzen. Deshalb hat das Statistische Amt des Deutschen Reiches als erste Veröffentlichung über die Berufsbeziehung eine (vorläufige) Berufsliste in systematischer und alphabetischer Ordnung veröffentlicht, in der die Namen allein 121 Seiten großen Formates, jede in 3 Spalten zerfallen, ausfüllen. Die Gruppe Papierindustrie umfaßt 3 Abteilungen, Verfertigung von Papierpappe und Papierwaren, dann Verfertigung von Spielwaren und Papiermaché und endlich die Buchbinderei und Kartonnagefabrikation. Auch in den zwei ersten Gruppen findet sich manche Betätigung, die eigentlich von Buchbindern und verwandten Berufsgenossen ausgeführt wird, wie z. B. die Luxuspapierfabrikation und Buntpapierfabrikation, die Gold- und Silberpapierfabrikation, die Herstellung von Rückenbänden aus Papier und einige andere. Wir wollen aber hier bloß die in der Gruppe Buchbinderei und Kartonnagefabrikation angeführten Betriebs- und Berufsbezeichnungen anführen.

Als Betriebsbezeichnungen sind zu nennen, Albumfabriken, Albumstulpenfabriken, Attrappenfabriken, Betriebsstätten für die Herstellung von Ballons aus Papier, Fabrikation von Bilderrahmen aus Pappe, von Willeton, Bonbonieren, Briefstübern, Briefordnern, Briefumschlägen, Brillenetuis, Zigarettenpfeifen, Koffolantickeln, Kuberts, Debsen, Eisenbahnbillets, Enveloppen, Etuis, dann Fälschereien, Betriebsstätten für die Herstellung von Illuminationslaternen aus Papier, Fabrikation von Kartons, Kartonnagewaren, Konto- und Papierbüchern, Lampenschirmen und Lampions, Betriebsstätten für die Herstellung von Luftballons aus Papier, Gebetbücherfabriken, Fabrikation von Mappen, Marmorieranstalten, Verfertigung von Mischelwaren, Fabrikation von Musterbüchern,

Musterkarten, Notizbüchern, Papieren, Betriebsstätten zur Herstellung von Papierausstattungen, Fabrikation von Papierfabriken, Papierbüchern, Papierbögen, Papierladewaren, Papierlaternen, Papiermarchetten, Papierprägen, Fabrikation von Papierrohr, Papierfäden, Papiererbsen, Papierwaren, Papierwäpche, Pappgalanteriewaren, Pappschöttele, Pappspielwaren, Verfertigung von Papierwaren, Porzellanankern für Papier, Fabrikation von Röhren (Papierhülzen), Betriebsstätten für Verfertigung von Sarbergerzeugnissen aus Papier, Fabrikation von Schreibbüchern, Schreibheften, Springfolien, Stulen aus Papier, Betriebsstätten für die Herstellung von Lebenslädern, Pappspielwaren, Fabrikation von Düten, Vergoldeanstalten für Buchbindereien.

Diese Namensaufzählung zeigt uns die ganz außerordentliche Mannigfaltigkeit der Industrien in der Buchbinderei und Kartonnagefabrikation. Freilich gibt es nicht so viele verschiedene Berufe, als wir hier angeführt haben, wie oft mehrere Namen eines Berufes gleichzeitig in verschiedenen Teilen des Landes angewandt werden. Die Tatsache, daß sich alle diese Namen in der Beantwortung der Fragebogen für die am 12. Juni 1907 vorgenommene Berufs- und Betriebsbeziehung finden, lehrt unzweifelhaft das eine, daß die Spezialisierung innerhalb unserer Industrie immer größere Fortschritte macht, daß wir neben sehr großen, mittleren und kleinen Betrieben, die verschiedene Zweige unserer Berufsgruppe in sich vereinigen, auch eine Teilung der Arbeit in dem Sinne stark entwickelt vorfinden, daß der Betrieb bloß eine streng geführte Spezialität innerhalb unserer Industrie ausübt, also z. B. nichts anderes fabrizieren, der eine Papierhülzen, der andere Kufhülzen, der dritte nur Mappen, der vierte nur Briefordner usw.

Neben den Bezeichnungen für die Gewerbebetriebe finden wir in ähnlicher Mannigfaltigkeit auch Bezeichnungen für die Betätigung der Personen, die aber nur einen Teil der weitgehenden Arbeitsleistung in Erscheinung treten lassen, weil nicht für jede einzelne der mannigfaltigen Beschäftigungsarten in einer großen Fabrik besondere Bezeichnungen vorhanden sind, so daß verwandte oder umfassende Benennungen, also nicht genau zutreffende in den Fragebogen der Berufsbeziehung erscheinen, so daß wir also hier nicht den tiefen Einblick in die letzte Gliederung des Gewerbes erhalten, wie bei der Anführung der Betriebsbezeichnungen. Tatsächlich bestehen also, wenn auch nicht vielleicht mehr Namen, doch mehr Betätigungsmöglichkeiten, als wir sie hier durch die folgende Namensliste in Erscheinung treten lassen. Dabei ist aber noch zu beachten, daß auch bei diesen Namen manche zusammenfallen dürften und nicht für jeden einzelnen eine von allen anderen durchaus verschiedene Betätigung nachweisbar sein wird.

Die Berufsliste führt an: Altenhefter, Ballonmachereien, Blasenfleber, Buchbinder, Büstenbezieher, Zigarettenstiftfleberin, Falzerin, Falzner, Futteralmacher, Galanteriearbeiter, Goldschmittmacher, Gummiere, Hefter, Kapselmacher für Pa-

keine Rettung als bei Ihnen, und wenn Sie und nicht zurückgegeben werden, wenn Sie sich den Wünschen derer verschagen, welche Sie zurückverlangen und flehentlich fordern, was sollen wir mit dieser traurigen Zukunft anfangen?" Das gilt dem Könige, dem der König, wie wir sahen, noch nicht drei Jahre später den Vorwurf machte, daß seine Amtstüchtigkeit den elenden Zustand des Staates herbeigeführt habe, der König, dem die für das preussische Volk zubereitete Geschichtsbücher den Beinamen „der Gerechte“ gibt!

Stein, obgleich schwer krank daniederliegend, zögerte keinen Augenblick, den Ruf anzunehmen; sobald er nur einigermaßen hergestellt war, begab er sich auf seinen Posten zu unermüdlichster aufreibender Arbeit.

Am schwersten lastete auf dem Lande die Kriegskontribution mit 150 Millionen Franz, von der 100 Millionen im ersten Jahre aufgebracht werden sollten; von ihrer Zahlung war die Räumung des Landes durch die Franzosen abhängig. Steins erste Arbeiten galten der Beschaffung der Mittel durch Erparnisse, durch Belastung der Domänen, Zwangsarbeiten in den Provinzen, Schaffung neuer Einnahmequellen. Die Erparnisse wurden mit großer Strenge durchgeführt, namentlich wurden die Beamtengehälter stark gekürzt. Auch die Hofhaltungsausgaben wurden eingeschränkt. Aus jener Zeit stammen die rührenden Schilderungen der darbenenden Königsfamilie, mit denen die preussische Jugend in den Schulen über jene traurige Zeit hinweggeleitet wird. Allzu schlimm war es nun gerade nicht, wenn es auch die bewohnte Königin Luise schlimm genug empfinden mochte; schrieb sie doch am 5. November 1807: „Zu Tisch hatten wir vier Gerichte, am Abend drei Gerichte, und das ist alles.“ Und kurz darauf: „Wir leben von der Luft.“ Be-

merkenswert ist die erste Einführung einer Einkommensteuer durch Stein. In Frankreich, England und Oesterreich bestand schon eine solche. Für Preußen schien sie unerhört; selbst der Minister von Schroetter, der alsbald befehlet wurde nannte die Einkommensteuer unter den obwaltenden Umständen geradezu ein Unglück für das Land: „Alles werde in Verzweiflung geraten und der letzte Funke von Patriotismus erlöscht!“ Stein ließ sich nicht bezirren. Die Einkommensteuerordnung, zunächst für Königsberg bestimmt, führte die Selbststeuerverpflichtung ein und steigerte den Steuerfuß bei Kapitallosen Einkommen bis auf 15 Proz., bei Einkommen aus Kapitalvermögen bis auf 20 Proz.; die Steuerordnung für die Provinzen ging freilich nur bis zu 4½ Proz. in die Höhe. In vollem Glanze zeigte sich auch bei dieser Gelegenheit wieder die Opferfreudigkeit und der Patriotismus der „Edelsten und Besten der Nation“. Es genügte ihnen nicht, daß der Sold der Offiziere von der Besteuerung ausgenommen war. Unter Führung des Feldmarschalls v. Kalckreuth forderten sie, daß auch das Privatvermögen der Offiziere steuerfrei bleiben solle; nicht mindere Schwierigkeiten erhob der Hofgrundbesitz. Professor Max Lehmann, dessen groß angelegter und glänzend durchgeführter Stein-Biographie wir die meisten Ausführungen in diesen Zeilen entnehmen, bemerkt hierzu: „Wie oft haben dessen (des Großgrundbesitzes) Vertreter in alten und neuen Zeiten sich eines besonderen Patriotismus gerühmt gegenüber den internationalen Bestrebungen, besonders des Handels. Zum Beweise solcher Behauptungen können wenigstens die Erlebnisse, von denen wir hier reden, nicht angeführt werden.“ Von Stein jedoch zurückgewiesen, wandten sich sieben preussische Adlige unmittelbar an den König mit der Bitte um Verhängung des flachen Landes; zum mindesten

möge der König den Beitrag des Landes so mäßig wie möglich bestimmen. Die Eingabe schließt mit den Worten: „Wenn dann diese Quote bestimmt ist, so wird es Sache des Generallandtages sein die Repartition auf die Stände und sämtliche Klassen der Landbewohner nach den Grundfüßen der möglichsten Willigkeit anzulegen.“ Wieviel würde denn wohl, so fragt Prof. Lehmann, auf die Rittergutsbesitzer gekommen sein? Der Freiherr von Winde hatte dieses Sträuben des preussischen Adels im Gegensatz zum englischen vorhergesagt: „Dagegen der größere Haufe unseres Adels noch immer wähnt, der Staat könne nicht bestehen ohne seine eigene unbedingte Exemption von allen wesentlichen Beiträgen, ohne Druck und Dienstbarkeit der anderen Stände, und die geringste Abänderung und Nachgiebigkeit müsse unfehlbar den Zusammenbruch des Gouvernements zur Folge haben.“ Wenn Lehmann hinzufügte: „Es stand 1807 nicht anders als 1787, 1794, 1799 und 1805: der Adel der preussischen Provinzen sträubte sich in seiner Mehrzahl, die Lasten des Gemeinwesens nach seinem Vermögen zu tragen,“ so wäre es ein Leichtes, die Reihe der Jahreszahlen über 1807 hinaus fortzusetzen und bis zum Jahre 1904 zu führen. Die Annahme der Junker auf der einen Seite, ihre Zurückhaltung, wenn es zum Tragen der Lasten kommt, auf der anderen Seite, wird erst ein Ende nehmen, wenn das Volk auch in Preußen sich aufrafft, um das Junkerregiment zu zerhacken!

Am 23. Februar 1808 wurde das Gesetz für Ostpreußen veröffentlicht, ohne daß Stein den unverschämten Forderungen des Militärs und des Adels nachgegeben -- bald folgte seine Ausdehnung auf die übrigen Provinzen.

vierkapeln, Kartenhauer für Nachtlächte, Kartonarbeiter, Kartonnagemacher, Kälbleinmacher (Kartonarbeiter), Monogrammträger, Moosarbeiter, Muschelarbeiter, Papierarbeiter, Papierballon-, Papierblumen-, Papierdarm-, Papierkapelmacher, Pappjohlenmacher, Pappwandformmacher, Paubelmacher, Preßberggoldder, Schachtelmacher für Pappschachteln, Schreibblöckerhefter, Stranibennmacher, Transparentmacher, Dütenkleber, Dütenmacher, Wandformmacher für Rappe.

Diese einfache Aufzählung von Namen ist lehrreicher, als man auf den ersten Blick annehmen könnte. Sie zeigt uns, wenn auch natürlich nur in den allergrößten Zügen, die Entwicklung unserer Industrie, ihre Anpassung an zahlreich neu auftauchende Bedürfnisse des Luxus, der Bequemlichkeit, des rascheren und besser geordneten Geschäftsbetriebes, der Unterhaltung und Belehrung des Kindes. Sie ist ein Beweis für die Elastizität unserer Industrie und für die großen Anforderungen, die an sie und nicht zuletzt an ihre gelehrten Arbeiter und Arbeiterinnen gestellt werden. Vor 100, ja vor 50 und 20 Jahren waren zahlreiche dieser Industriebezeichnungen noch vollständig unbekannt, jedes Jahr schafft neue, und mit immer weiteren Entwicklungsmöglichkeiten haben wir zu rechnen. Wenn man in anderen Industrien geringe Ausdehnungsmöglichkeiten ins Auge fassen muß, so gilt dies für die unsere nicht. Mit der steigenden Kultur, mit den größeren Bildungsmöglichkeiten, mit dem erfreulich wachsenden Bildungsbedürfnis der breiten Massen, mit dem gesteigerten Geschäftsbetriebes, mit den modernen Formen des Kontorbetriebes, mit dem steigenden Postpaketverkehr entwickeln sich immer neue Möglichkeiten der Betätigung in unserer Industrie, alte Zweige derselben werden stärker beschäftigt, neue Zweige kommen auf.

Gewaltige Reichtümer sind von unseren Unternehmern in den letzten Jahren gesammelt worden, Maschinenfabriken, die außerhalb des Vorstellungsbereiches der früheren Buchbindergeneration standen, sind auch auf dem Boden unseres alten Gewerbes üppig gedeihen. Der Buchbinder der früheren Generation würde sich in eine andere Welt verfehlt fühlen, wenn er sehen würde, wie und was heute in Massen produziert wird, wenn er die mannigfachen Maschinen anstauen würde und das ihm oft gänzlich unbekannte oder ihm nur durch die moderne Umgestaltung fremd erscheinende Material, das verarbeitet wird. Wenn er aber sehen wird, daß zahlreiche Arbeiten, die früher von der Hand des gelehrten Arbeiters gemacht wurden, nun ganz automatisch von der Maschine verrichtet werden, während jede andere von ungelerten Arbeitern, von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern verrichtet werden, so wird er den Kopf schütteln und vielleicht zu berechnen versuchen, wie viele alte Buchbindergefellens reichlich ihr Brot finden würden, wenn diese Produktion — wenn diese freilich überhaupt denkbar wäre — nach allgemeiner Art vor sich gehen würde. Er wird dann den ungeheuren Vorteil in großen Zügen erkennen, den die Unternehmer von der industriellen Revolution unseres Gewerbes davontragen, während die Arbeiter und Arbeiterinnen färglich abgepeißt werden.

Will man ganz genau diese Entwicklung beurteilen, dann muß man über den Kreis der Buchbinder hinausgreifen, man muß sich darüber klar sein, daß trotz der ungeheuren Entwicklung der Buchbinderei und aller verwandten Berufszweige so manche Arbeiten von anderen Industrien, selbst von ganz fernliegenden, wie von der Metallindustrie mannigfacher Beschäftigungen von einer Industrie-Gruppe auf die andere. Dies alles sei nur kurz bemerkt, um zu zeigen, daß die Einführung der Berufs- und Betriebsbezeichnungen in *r e i n e* *S c h l a g* Licht auf unsere industrielle Entwicklung wirft, wenn auch ein sehr interessantes.

Doppelte Ausbeutung — doppelter Kampf.

Ein Kapitel über die wirtschaftlichen Zusammenhänge, über die Arbeits- und Konsumkraft, ihre Bedeutung und ihren Schutz.

Wie haben sich die Unternehmer während der Hochkonjunktur die Seele zerrissen ob des Mangels an Arbeitskräften! Wie entsetzten sie sich darüber, daß die Ware Arbeitskraft teurer bezahlt werden mußte! Zwar folgten die Löhne den steigenden Warenpreisen durchaus nicht allgemein und vor allem nicht so rasch und ausgiebig nach, als die Herren Ausbeuter behaupteten; aber selbst das färgliche Ausmaß der Erhöhung, das im Laufe der letzten Konjunkturjahre an Lohn nach schwerer Mühe von den Gewerkschaften durchgesetzt wurde, ist ihnen noch zu groß, und wenn es auf die ausschließliche Entfaltung der Unternehmer ankäme, dann würden

die Löhne ewig auf dem gleichen Niveau stehen. Oder hat die Arbeiterklasse es jemals erlebt, daß die Nutznießer ihrer Arbeitskraft jemals den Lohn freiwillig oder aus eigenem Antriebe, und wenn dazu aufgefordert, ohne den hartnäckigsten Widerstand erhöht hätten? Als infolge der industriellen Hochkonjunktur das Angebot von Angebot und Nachfrage seine Wirkungen einmal zugunsten der Arbeiter äußerte, haben die Unternehmer wiederholt Anstrengungen gemacht, das Angebot an Arbeitskräften künstlich zu vergrößern. Sie, die nicht müde werden, dem Arbeiter groben Materialismus vorzuwerfen, weil er für sich und die Seinen ein Stück Brot begehrte, das den Hunger stillt, eben dieselben feilschen und schänden, wenn es sich darum handelt, von dem Ueberflusse, den ihnen die kapitalistische Teilung des Arbeitsvertrages verschafft, einige Pfennige abzulassen.

Und sind sie etwa sonst bemüht, die Kaufkraft des Lohnes zu steigern? Wenn schon nicht direkt, so doch wenigstens indirekt? Naive Frage! Was ein richtiger Ausbeuter ist, der will weder von dem einen, noch von dem anderen etwas wissen. Die Erhöhung des Lohnes, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen — all das ist ihnen, die von dem dem Arbeiter erprehten Mehrwert leben, ein Grauel. Wohl lieben sie es, durch gewisse „Wohlfahrts-einrichtungen“, „ihren“ Arbeitern von Zeit zu Zeit Wohlthaten und Gnaden zu erweisen — man weiß ja auch warum: um so den verbotenen Trudlung zu ersetzen und „ihre“ Arbeiter an die Fabrikmauer zu fesseln — aber das ist auch alles! Soll ihnen doch joga die Arbeiterversicherung nur dazu dienen, die Abgaben für Armenpflege zu ersparen und die Abhängigkeit der Arbeiter zu verstärken.

Aber vielleicht sorgen die Unternehmer für billigen Lebensunterhalt, wohlfeile Nahrungsmittel und Wohnungen? Ja, Schneiden mit Schrup! In Gemeinde und Staat füllen sich die Unternehmer der Industrie wie des Gewerbes solidarisch mit den Besitzern von Grund und Boden und stimmen für Erhöhung aller Abgaben, insbesondere aber der indirekten Steuern, weil diese die großen arbeitenden Massen besser treffen als die besitzenden Klassen.

Und wie haben sie es mit den Zöllen getrieben? Genau so wie mit der Sozial-, Finanz-, Steuer- und sonstigen Wirtschaftspolitik. Die Zoll- und Handelsverträge werden unter tätiger Beihilfe der Industriellen ganz auf die Bedürfnisse der Agrarier zugeschnitten. Die Industriellen waren und sind es, welche den Agrariern die Taschen füllen helfen und helfen — auf Kosten der Arbeiter! An der gegenwärtig besonders hart empfundenen Steuerung sind außer den Agrariern vor allem diejenigen bürgerlichen Politiker schuld, welche den agrarischen Brotwuchsern die Leiter hielten.

Also die Tatsache steht fest: die Unternehmer haben auch nichts zur Hebung der Kaufkraft der Löhne getan. Weber Lohnerhöhung, noch Verbilligung der Lebenshaltung! Jede mühsam erkämpfte Aufbesserung wird von der Preissteigerung der Lebensmittel verschlungen und in beiden Fällen die Arbeiterklasse allein — ohne Freund und Helfer — auf ihre eigene Kraft angewiesen! Die kapitalistischen Klassen aber im holden Verein die Arbeits- und Konsumkraft des Arbeiters für sich fruchtifizierend!

Was der industrielle Unternehmer übrig läßt, nimmt der Agrarier, und wenn sich der Arbeiter dagegen zur Wehre setzt, dann fallen beide über ihn her. Und die Staatsgewalt? Ist nur das Exekutivorgan der kapitalistischen Freiender! Auf sie kann man schon gar nicht rechnen. — So ist die Situation und sie wird sich noch verschlechtern. Wenn die Gewerkschaften den Proletarier auf der einen Seite gegen den Widerstand der Industriellen in den Sattel gehoben, so ziehen ihn die Agrarier auf der anderen Seite mit Hilfe der Zwischenhändler wieder herunter. Der Ausbeutung durch das industrielle Kapital die Ausbeutung durch das Agrar- und Handelskapital auf dem Fuße. Und die Steuerung ist nicht etwa das Produkt beider, sondern tritt schon in Erscheinung und Wirksamkeit, wenn die eine oder die andere Ursache dem Arbeiter zum Bewußtsein bringt, daß die geminderte Kaufkraft seines Lohnes die Lebenshaltung herabdrückt. Ob so oder so: immer entsteht ein Mißverhältnis zwischen den Kosten der zur Reproduktion der Arbeitskraft erforderlichen Nahrungsmittel und den Mitteln zu ihrer Deckung, und es ist für den Arbeiter ganz gleichgültig, ob er sich Entbehrungen auferlegen muß, weil der Lohn zu niedrig oder weil die Lebensmittelpreise zu hoch sind: Hunger ist Hunger!

Trotzdem rührt sich der Arbeiter meist erst dann, wenn beide Ursachen zusammenwirken, wenn zu den niedrigen Löhnen sich die hohen Lebensmittelpreise gesellen. Denn dann wird die Steuerung einfach unerträglich und dem doppelten, zweifachen Drucke: sowohl von seiten der industriellen wie von seiten

der agrarischen Ausbeuter, welchen sich noch der Zwischenhändler anschließt, muß der Arbeiter natürlich unterliegen, wenn er nicht die äußerste Kraft aufbietet und den Kampf, den er solange gescheut, endlich aufnimmt.

Die gegenwärtige Periode der wirtschaftlichen Depression, die von Tag zu Tag ärger wird, ist gerade deshalb so schwer zu ertragen, weil die Lebensmittelpreise eine enorme Höhe erreicht haben. Umgekehrt sind diese wegen der Depression noch einmal so jämmerhaft. Solange die gute Konjunktur herrschte, krötfete man sich darüber, so gut man konnte; der Mensch hofft ja immer auf Besserung und noch am Grabe pflanzt er die Hoffnung auf. Die Engselgeduld der Arbeiter aber fernt erst recht keine Grenzen, und die jahrhundertelange Anrechnung hat aus ihnen ein Geschlecht verzagter Pessimisten gemacht, die schier am Leben verzweifeln und an gar nichts mehr glauben wollten. Erst der Sozialismus hat den proletarischen Massen wieder Zuversicht eingeblöht. Aber der Sozialismus hat bisher — und zwar aus guten Gründen — das Hauptgewicht auf den Klassen Gegensatz zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten in der Produktion gelegt. Jetzt gelangt er endlich dazu, auch den Klassen Gegensatz in der Konsumtion schärfer zu betonen und darauf zu verweisen, daß der Arbeiter nicht bloß der Ausbeutung hinsichtlich seiner Arbeitskraft, sondern auch hinsichtlich seiner Konsumkraft unterworfen ist, und daß der Schutz gegen die eine Art der Benachteiligung nicht minder notwendig ist wie der Schutz gegen die andere Art. So wie der Kapitalismus den Arbeiter von zwei Seiten bedrängt, so muß auch dieser seinen Klassenkampf nach zwei Fronten führen. Was die Gewerkschaften gegenüber dem industriellen Ausbeuter sind, das bedeuten die Konsumgenossenschaften gegenüber dem Agrarier und Zwischenhändler. Beide — Gewerkschaften und Konsumvereine — vermögen zwar nicht das Grundübel, den Kapitalismus, zu entwurzeln, aber zu einem guten, zu einem sehr großen Teile vermögen sie ihn schon das Handwerk zu legen. Beide müssen gleichzeitig benutzt werden, soll sich ihre volle Wirkung entfalten, und in beiden muß der Kampf Klassenbewußt, d. h. klar hinsichtlich der Mittel und des Zieles, geführt werden. So wenig wie in den Gewerksvereinen andere auch eben nur Arbeiter eintreten, ebensovienig erwerben in der Konsumgenossenschaft andere Leute als Angehörige der besitzlosen Klassen die Mitgliedschaft. Daran ändert die Tatsache, daß ein Progenstaf der Konsumvereinsmitglieder sich aus den Kreisen der kleinen Beamten und Handwerker rekrutiert, gar nichts. Es ist das höchstens ein Beweis dafür, daß diese halbproletarischen Massen den Druck des Zwischenhandels und des den Staat und seine Zollpolitik dirigierenden Agrarismus früher und unangenehmer verspürten, als den Druck des Industriefapitals. Aus diesem Grunde ist auch die „Neutralitäts“-Duselei in den Genossenschaften eine Selbsttäuschung, der sich nur solche Leute hingeben, die die Zusammenhänge des wirtschaftlichen Lebens verkennen.

Die gegenwärtige Steuerung, die auf dem Untergrunde der wirtschaftlichen Depression mit doppelter Stoßkraft die Lebenshaltung der Arbeiter unterminiert, ist zwar sehr geeignet, diese Duselei zu erschüttern; aber sie muß auch dazu benutzt werden, über die wirtschaftlichen Zusammenhänge mehr Licht zu verbreiten: Denn nur bei klarer Erfassung dieser Zusammenhänge wird es möglich sein, die Steuerung und ihre Ursachen wirksam zu treffen und jener Ware zu ihrem Preise zu verhelfen, die allein versteuert werden kann und soll, weil dies im allgemeinen Interesse der Volkswirtschaft liegt: der Ware Arbeitskraft.

Korrespondenzen.

Gesperrt sind: Gotta.

Ungarn: Zuzug von Linierern nach Budapest ist strengstens zu vermeiden.

Schweiz: Gesperrt sind die Firmen C. Bucher, Buchdruckerei in Luzern, Wwe. Baumanns, Geschäftsbücherfabrik in Frauenfeld, und Grotzoffier, Lithographie in Genf (Genève).

Frankreich: Ducloux, Modier (Savoie).

Vor Arbeitsannahme in Darmstadt und Heilbronn ist bei den örtlichen Bevollmächtigten Erkundigung nach den Arbeitsbedingungen einzuholen.

Die Lohnbewegung der Buchbinder der Stadt Bern hat durch die Vermittlung des Sekretariats des schweizerischen Gewerkschaftsbundes ihren Abschluß gefunden.

Eine am Sonnabend, den 29. Februar, stattgefundene Konferenz der beteiligten Parteien hat in der Hauptsache folgende Vereinbarung getroffen:

1. Der Minimallohn für Buchbinder beträgt 5 Fr. pro Tag.
2. Diejenigen Arbeiter, die den Minimallohn bereits erhalten, erhalten eine fünfprozentige Lohnerhöhung.
3. Der Vertrag gilt bis 1. Juli 1910.

Nachh. „Eine niederträchtige Verdächtigung“, so betitelt sich ein Artikel in Nr. 55 der „Graphischen Stimmen“. Wer dieses Geschreibsel liest, sollte meinen, daß es in der Zustelle Nachh des Deutschen Buchbinderverbandes eine gefährliche Sorte von Menschen gibt. So ist dieses aber nun nicht. Um nun einem eventuellen Käuferhandel mit dem dort gebotenen Mäxchen in etwas vorzubeugen, setzen wir uns veranlaßt, die Sache nochmals richtigzustellen.

Die erste Sache: Pflichtverletzung des Vorstandes resp. Vorsitzenden des christlich-graphischen Verbandes betreffs der Firma Rehm, halten wir aufrecht und benennen folgende Zeugen: D. Klein, Seilen, Wingers.

Betreffs des „Zettelzustekens“ halten wir ebenfalls aufrecht, was gesagt wurde und werden die Kollegen Groenhoff und Deichmann Zeugnis ablegen.

Was nun die Sache mit dem Kollegen Bonn anbetrifft, so wollen wir kurz bemerken, daß Bonn vor seinem Antritt bei Rehm verschiedene Monate außer Stellung war. Wer den betreffenden Kollegen kennt, wird wissen, daß es für denselben schwer hielt, eine Stellung zu bekommen.

Bonn hing bei der Firma Rehm für 18 Mt. Lohn an zu arbeiten, er mußte aber 21 erhalten. Der betreffende Kollege ließ nichts davon merken, bis die Sache dem Vorstand übermittelte wurde, und auf dessen Intervention hin bekam der Kollege seinen richtigen Lohn.

Dann dieser herrliche Satz in dem betreffenden Artikel: „Wer war es denn, der im kritischen Augenblicke die Kommission veranlagte, die Verhandlungen abzubreaken, um sich über die Lohnskala der Arbeiterinnen zu einigen? Doch niemand anders als der Vorsitzende des christlichen Verbandes, und er hat auch dann eingegriffen, als man die Lohnskala der Arbeiterinnen herunterdrücken wollte, trotzdem damals bei uns keine organisiert war.“ — Gut gerührt. Aber wer hat denn geschwiegen, daß er schwiigte?

Auf den weiteren Ansinn wollen wir nicht eingehen, denn es handelt sich auch, wie im Vorstehenden, nur um christliche Verdrehungsfunktion, und wenn man sich daran aufhielt, auf alle Anpassungen einzugehen, die von manchen Lügenhelden ausgingen, dann ist das schade um die Zeit, die man hierauf verwendet. Am Schlusse wollen wir die uns gewordene Mahnung betreffs mehr Wahrheitsliebe den Christlichen selber ans Herz legen, denn diese benötigen solche sehr dringend.

Düren. Entstellte Tatsachen geben die „Graphischen Stimmen“ ihren Lesern in Nr. 5 vom 29. Februar in flatter Reihenfolge und in bunter Abwechslung wieder einmal zum besten. Es ist dies ja für einen Kenner der „Gr. St.“ nichts Neues mehr. Am jedoch den weniger gut mit dieser Verfälscherin christlicher Wahrheiten vertrauten Kollegen ein Bild zu geben, wie es mit der Wahrheitsliebe dieser Patentkripen aussieht, einige Beispiele:

Zu einem Artikel: „Die Verichterstattung der Buchbinder-Zeitung“ wurde unter anderem dem Kollegen Erbens untergeschoben, er habe dem graphischen Verband ein Defizit in der Kasse nachzuweisen versucht.

Wie steht es nun mit der Wahrheit? Der Kollege E. wies in der fraglichen Versammlung dem graphischen Verbande nach, daß in dem Bericht von seiner ersten Generalversammlung (Verbandstag, siehe „Graphische Stimmen“ Nr. 20 vom 29. September 1906), in der Bilanz der Betrag von 2094,91 Mt. als „Ausgabe“ verzeichnet wurde, wovon in dem Bericht den Mitgliedern gegenüber keine Rechnung gegeben wurde.

Aber noch etwas weit Schrecklicheres hat der Kollege E. in jener Versammlung getan. Er hat bei den Herren angefragt, wie es eigentlich mit jenen 350 Mitgliedern beschaffen ist, welche als zuviel gezählt im Jahresbericht 1906 der graphischen Stimmen stehen. Und hierbei hat Kollege E. auch der Stoffe des christlichen Verbandes gedacht und hervorgehoben, daß entweder der Mitgliederbestand oder die Masse des christlichen Verbandes nicht stimmen. Wiederholt sind die Herren Felder und Bauer um Antwort auf diese Frage gebeten worden. Herr Felder schickte allzu große Jugend ihres Verbandes vor und Herr Bauer sagte gar nichts. Und dabei war Herr Felder Vorsitzender und Herr Bauer Mitglied der Revisionskommission der ersten Generalversam-

lung des graphischen Verbändchens. Die anwesenden selbständig denkenden Kollegen, welche noch nicht organisiert waren, gaben den Leuten denn auch die richtige Antwort und wiesen sie mit den Aufnahmestimmen ab; um sich im Deutschen Buchbinderverbande aufnehmen zu lassen. Soweit den „Graphischen Stimmen“ als Antwort.

Was nun jene Indifferenten betrifft, die sich mit einer Zuhörerschaft an die „Graphischen Stimmen“ gewandt haben sollen, so sei hier festgestellt, daß gerade diese Leute für den Deutschen Buchbinderverband nicht zureichend, sondern von Kollegen E. an den Fabrikarbeiterverband verwiesen wurden. Die Aufstellung von Wahrheiten und Unwahrheiten, welche diese Herren sich leisten, übergehen wir, weil wir eben nicht jedem die Qualifikation zu solchen Urteilen zusprechen können. Das gleiche geschieht mit den persönlichen Anrempelungen, womit Kollege E. bedacht wird.

Nur eins sei hier den christlichen Herren noch gesagt, nämlich, daß sie es meisterhaft verstehen, ihre Jahresberichte, Abrechnungen, Versammlungsberichte, kurz und gut jegliche Rechenschaft über den Stand ihrer Verbandsangelegenheiten derart unklar und verwickelt zu halten, daß selbst ein langjähriger praktisch erfahrener Gewerkschaftler sich mit dem besten Willen kein klares Bild aus diesem Zersplitterungsverwändchen zu machen imstande ist. Diese Beobachtung werden alle diejenigen Kollegen, welche den beiden hiesigen Versammlungen beigewohnt, un-zweifelhaft gemacht haben.

Rundschau.

Der Fleitegeier. Nach den „Mitteilungen des Journals für Buchbinderei“ ist über das Vermögen der Mitteldeutschen Großbuchbinderei von Wittmann u. Schwarz in Frankfurt a. M. der Konkurs eröffnet. Es ist ein Glück für den Beruf, wenn solche Betriebe, die wie dieser, eine Stätte verderblichster Schmuckkonkurrenz darstellen, von der Bildfläche verschwinden. Näheres über diese Firma ist in Nr. 6 der „Buchbinder-Zeitung“ in dem Artikel „Frankfurter Musterbetriebe“ nachzulesen.

Sungerlöbne. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Paul Süß, Aktiengesellschaft für Luxuspapierfabrikation in Mügeln bei Dresden, erarbeiteten den Aktionären der Gesellschaft eine Dividende von 10 Proz. Rakonisch meldet der Bericht, daß trotzdem noch sehr reichliche Abschreibung und Rückstellungen für das neue Geschäftsjahr erfolgt sind. Bei einem Aktienkapital von 700 000 Mt. kommen 70 000 Mt. zur Auszahlung. Die armen Aktionäre müssen sich mit einer Verzugszulage von nur 3 Proz. (die letzte Dividende betrug nur 7 Proz.) bescheiden.

Eine Arbeitslosenversicherung? Einer offiziellen Meldung zufolge wird im Reichsamt des Innern an einem sozialpolitischen Problem von höchster Bedeutung gearbeitet: an einem Projekt für eine Arbeitslosenversicherung. Natürlich fehlt jetzt noch jedweder Anhalt, nach welcher Richtung hin die „Erhebungen“ und „Erwägungen“ der Regierung gehen. Soviel aber kann schon gesagt werden, daß die Arbeiterschaft an einer solchen Vorlage nichts anderes als ein Nicken haben wird, sofern die Regierung bei der Ausarbeitung einer solchen Vorlage die einzig in Frage kommenden Körperschaften, die Gewerkschaften, ignoriert.

Aus Florenz wird dem „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ berichtet, daß die dortigen Setzer, Drucker, Stereotypenreue und Buchbinder nach einwöchigem Auslande den Neunstundentag errungen haben. Letztere erreichten zudem einen Tarifabschluß, der ihnen eine Lohnerhöhung von rund 20 Proz. brachte. Das gleiche können die Stereotypenreue von sich sagen, während Schriftsetzer und Maschinenmeister eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 10 Proz. dabontrugen.

Einem Gegenseitigkeitsvertrag schlossen der Schweizerische Buchbinderverband und der Verband der Fortsetzler und Ledergeräthearbeiter Deutschlands ab. In 5 Paragraphen werden die Bedingungen, welche zum Uebertritt aus einem in den anderen Verband, sowie zum Bezug von Unterstützungen erfüllt werden müssen, geregelt.

Ein christliches Demagogentückchen. Wenn es sich darum handelt, die freien Gewerkschaften zu verunsichern, ihnen alle möglichen und unmöglichen Schandtatzen anzudichten, dann darf selbstredend unsere Freundin aus Köln nicht fehlen. In der letzten Zeit nun hat sie einmal „Glück“ gehabt: sie konnte eine „Erklärung“ eines von christlicher Seite mit fühlbarem Terrorismus bedachten freien Gewerkschaftlers veröffentlichen, die sie nach ihrer Meinung in die Lage versetzte, christliche Terrorismusegeschichten als sozialdemokratischen Schwundel zu bezeichnen. Leider aber „vergaß“ sie anzuführen, auf welche Weise diese „Erklärung“ zustande kam,

und soll dies darum hier nachgeholt werden, in der — allerdings sehr schwachen — Hoffnung, den „Irrtum“ bald auch in den „Graphischen Stimmen“ richtiggestellt zu sehen. Ueber den Ursprung vorgenannter „Erklärung“ sagt nämlich der von drei „Christen“ Mißhandelte folgendes:

„In der Nummer 4 der christlichen Schneiderzeitung und in einer Reihe von Zentrumsblättern macht zuerst eine Erklärung die Kunde, die mit meinem Namen unterzeichnet ist. Diese Erklärung bezieht sich auf die Konfessionschneider Gabriel Höflich, Christian Höflich und Adam Zengel und wird in der Erklärung gesagt, daß selbige mich niemals durch eine verletzende Handlung, Verleumdung oder Verdröhung angegangen hätten, dem christlichen Schneiderverband als Mitglied beizutreten. Zu dieser Erklärung, und vor allem, wie dieselbe zustande kam, habe ich folgendes zu bemerken:

Der Bezirksleiter J. Becker vom christlichen Schneiderverband kam am Mittwoch, den 5. Februar 1908, abends zwischen Licht und Dunkel, zu mir und sagte mir, er erhalte fortwährend Zeitungen zugehört mit den Artikeln betr. die Schöffengerichtssitzung vom 10. Januar 1908, in der die drei obgenannten Konfessionschneider wegen vorfälliger Körperverletzung, die sie an mir begangen, zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Außerdem werde er verantwortlich gemacht für die Körperverletzung. Er werde gerichtlich vorgehen, wenn es keine Ruhe gebe. Falls ich nicht unterschreibe, daß er nicht schuld sei, werde er klagen. Er zog bei dieser Gelegenheit ein bereits beschriebenes Stück Papier aus der Tasche und sagte, wenn ich keine Unannehmlichkeiten haben wolle, solle ich unterschreiben. Als ich zögerte, zog Becker ein zweites Stück Papier aus der Tasche und sagte, ich brauche mich nicht zu besinnen, er gebe mir schriftlich, was ich unterschreibe. Ich hatte den Abend sehr prägnant. Becker las mir etwas vor, ob es die Erklärung war, bezweifle ich; ich bin noch schwer mit Kopfschmerzen, die von der Körperverletzung herrühren, behaftet und bin noch bei zwei Ärzten in Behandlung. Im Ruhe zu haben, schrieb ich meinen Namen unter die fertig mitgebrachten Papiere. Sollte Becker die Erklärung hier geschrieben und hätte ich dieselbe durchgesehen, dann hätte ich diese Papiere nicht unterschrieben. Becker hat mir die Erklärung unter dem Vorbegeh, es handle sich nur um seine Person, abgeschwindelt. Die schwere Körperverletzung mit Schippe und Besensstiel erhielt ich von Gabriel und Christian Höflich und Adam Zengel nur deshalb, weil ich auf ihre mehrfachen Aufforderungen dem christlichen Schneiderverband nicht beitrug. Auch der christliche Bezirksleiter Becker forderte mich mehrfach auf. Ich betone, daß mir der Sinn der Erklärung nicht bekannt war und widerrufe hiermit öffentlich dieselbe.

Groß-Eßheim, den 17. Februar 1908.

Joseph Ludwig.

Ein netter Volksführer, der sich nicht scheut, einem kranken Menschen die Namensunterschrift gleichsam abzapfen. Er wohl die „Graphischen Stimmen“ der Wahrheit die Ehre geben und nun auch diese Erklärung des mit Schippen und Besensstiel Mißhandelten zur Kenntnis ihrer Leser bringen? Ob sie wohl ein Wort des Tadelns für die christlichen Kaufbolde, welche die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften dem Zweifler mittels „christlicher“ Siebe beizubringen für notwendig hielten, übrig haben? Ob sie wohl das Verhalten des christlichen Agitatoren und Bezirksleiters befragen?

Aus den deutschen Gewerkschaften. Die Abrechnung des **Autuarverbandes** ergibt einen Mitgliederbestand von 6893 am Schlusse des 4. Quartals 1907. Der Vermögensbestand betrug 139 337,67 Mt.

Die Generalversammlung des **Lithographenbundes**, die am 1. März dieses Jahres in Saalfeld tagte, beschloß einstimmig dessen Liquidation. Dieser Beschluß war eine Konsequenz der Einigungsverhandlungen, die am 12. Mai 1907 zwischen dem Lithographenbund und dem Verbande der Lithographen und Steindruckere stattfanden haben. Auf gewerkschaftlichem Gebiete hat der Lithographenbund seine Selbständigkeit schon am 1. Juli 1907 aufgegeben, seine Unterstützungsstellen bestanden aber weiter, bis sie jetzt aus infolge der Liquidation ihre Tätigkeit einstellen. Die Organisationen der Lithographen und Steindrucker haben in den letzten drei Jahren so vielfache Umwandlungen durchgemacht, daß es sich der Ueberblick halber lohnt, einen Blick darauf zu werfen. Bis Ostern 1905 bestanden nebeneinander der „Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandter Gewerkschaften“, der „Senefelderbund“ und der „Lithographenbund“. Zu Ostern 1905 verschmolzen sich der Verband und der „Senefelderbund“. Infolge der bekannten Klage gegen die Verschmelzung wurde dem „Senefelderbund“ die gewerkschaftliche Tätigkeit

unterfragt, und es kam zu Ostern 1907 deshalb wieder zur Trennung. Alle drei Organisationen bestanden wieder nebeneinander. Am 1. Juli 1907 hörte der „Lithographenbund“ auf, Gewerkschaft zu sein, seine Mitglieder traten dem Verband bei, am 29. September beschloß dann der „Senselverberbund“ seine Liquidation, so daß vom 1. Oktober 1907 nur noch der Verband als Gewerkschaft, der „Lithographenbund“ als Unterstützungszentrale nebeneinander bestanden. Jetzt treten die Mitglieder des Lithographenbundes den entsprechenden Kasseneinrichtungen des Verbandes bei, der die einzige Organisation bildet. Inzwischen haben allerdings die Kläger einen gelben Verein gegründet, der aber bedeutungslos ist.

Der Verband der Sattler hatte am Schlusse des vierten Quartals 1907 einen Mitgliederbestand von 7010, darunter 221 weibliche Mitglieder. Der Bestand der Hauptkasse betrug 73 241,12 Mk., wozu ein Bestand der Lokalkassen von 44 136,31 Mk. kommt.

Der Verband der Tapezierer hat am 30. September des vorigen Jahres eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Tapezierergewerbe aufgenommen, die namentlich in der Nr. 9 des Verbandsorgans in Bearbeitung veröffentlicht ist. Die Erhebung erstreckt sich auf 141 Orte, in denen 13 847 Gehilfen beschäftigt sind. Von diesen wurden durch die Erhebung 11 309 oder 82 Proz. erfaßt. Organisiert waren von der Gesamtzahl der Gehilfen 8414 oder 60,76 Proz. Der Zahl der Gehilfen stand eine Zahl von 9896 „Arbeitsgebern“ gegenüber, wovon nur 3855 dauernd und 2090 vorübergehend Gehilfen beschäftigten. Nicht weniger als 3951 dieser selbständigen Unternehmern beschäftigten also überhaupt keine Gehilfen. Diese Kleinmeister sind zum großen Teile in Berlin, Köln a. Rh. und Dresden zu finden. Tarifliche Vereinbarungen betreffend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestanden in 103 Orten. Sie waren in 48 Fällen mit Innungen, in 16 Fällen mit Arbeitgeberverbänden und in 39 Fällen mit Innungen und Arbeitgeberverbänden abgeschlossen. Arbeitsnachweise bestanden in 84 in 71 Orten, davon von den Gehilfen errichteten 54, von den Arbeitgebern 19 sowie 11 paritätische. In der größeren Zahl der Verbandssitzungen war die Hausfaktierung durchgeführt, und zwar wurden die Beiträge in 101 Orten durch Hausfaktierer, in 19 Orten in den Versammlungen, in 6 an Zahlungsabenden bzw. in den Werkstätten einfließen. Ähnlich so wurde auch das Verbandsorgan den Mitgliedern zugestellt. 75 Proz. der Gehilfen arbeiteten dauernd in Zeitlohn, 19 Proz. dauernd in Akkord und bei den übrigen 6 Proz. wurde die Arbeit abwechselnd in Zeit- bzw. Akkordlohn ausgeführt. Eine Ründigungsfrist bestand für die über große Mehrzahl der Gehilfen nicht. Auch der Kost- und Logiszwang ist im wesentlichen beseitigt; nur 85 Gehilfen wurden in Kost und Logis beim Arbeitgeber angetroffen. Dagegen wurde eine ganz erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit festgestellt. Die Löhne schwanken zwischen 10 Pf. und 1,05 Mk. pro Stunde, die Arbeitszeit bewegt sich zwischen 47 und 66 Stunden pro Woche.

(„Correspondenzblatt“.)

Die Berufs- und Gewerbebesetzung vom 12. Juni 1907 liegt in ihren Einzelresultaten und genauen Schlussfolgerungen noch nicht vor. Auf Grund von den den Gemeinden gemachten Auszüge sind bisher von unserer Zeitung die ungefähren Zahlen von Baden, Preußen und Württemberg mitgeteilt. Jetzt liegt in den Vierteljahresheften zur Statistik des Deutschen Reiches eine Zusammenstellung für das Reichsgebiet vor, das aber auch nicht als absolut zuverlässig gelten kann. Nach der Zusammenstellung war am Jahrlage eine ortsumfassende Bevölkerung von 61 697 277 Personen, gegen 60 641 278 am 1. Dezember 1905 vorhanden, woraus sich eine Vermehrung von 1 055 999 ergibt. Haushaltungen sind im Vorjahr 13 459 520 gegen 13 274 531 im Jahre 1905 ermittelt, so daß ein Mehr von 184 989 zu verzeichnen ist. Die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe hat sich von 1895 bis 1905 um 209 497 oder 3,8 Proz. gesteigert. Diese Vermehrung wird außer durch Aufteilung von Wittern vorzugsweise durch die Heinen Bausellenbetriebe der Industriegewerke entstanden sein, von denen Bremen 9167, Hamburg 2313 mehr als früher ermittelt hat. Die Gewerbebetriebe sollen um 132 787 oder 3,8 Prozent abgenommen haben; ihre Zahl beträgt 2 428 074, die der Landwirtschaft 5 767 814. Die spätere ausführliche Veröffentlichung wird ergeben, inwieweit diese vorläufigen Zahlen richtig sind. Gegenwärtige Schlüsse lassen sich jetzt noch nicht ziehen. Wir kommen darauf zurück.

Aus der englischen Arbeiterbewegung. Ein beliebter Trick unserer Unternehmer, die Arbeiter von der Forderung von Lohnforderungen abzuhalten, oder die letzteren als nicht gerechtfertigt bezeichnen zu können, ist der Hinweis auf die ausländische

Konkurrenz. In vielen Fällen erreichen sie auch leider tatsächlich den gewollten Zweck, da es nur selten möglich ist, diese ihre Behauptungen als nicht richtig zurückzuweisen. Es fehlt eben an einer genauen Heberfüß über die ganze Lage des Arbeitsmarktes, der Arbeitsbedingungen, Lohn, Arbeitszeit und so weiter des Auslandes. Daß aber die Kenntnis von alledem überaus wichtig ist, bedarf wohl keiner Erörterung. Diese obigen Erfahrungen hatten auch die Hamburger Hafenarbeiter machen müssen, als sie im Vorjahre mit den Unternehmern in Tarifverhandlungen standen und wobei von den letzteren fortgesetzt auf die ausländische — vor allem englische — Konkurrenz hingewiesen wurde. Diese ständigen Hinweise der Unternehmer veranlaßte nun die Hamburger Hafenarbeiter, zwei ihrer Kollegen nach Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen, Liverpool und London zu entsenden, um an Ort und Stelle die Arbeitsverhältnisse der Hafenarbeiterschaft genannter Städte zu studieren. Diese beiden Delegierten haben das Gesehene und Gehörte in einer instruktiven Broschüre niedergelegt. Besonders interessant ist, was sie dabei über die Arbeiterbewegung in England an sich sagen. Es heißt da u. a.:

„Wenn man in der modernen Arbeiterbewegung, den freien Gewerkschaften, bei uns steht, und dann Gelegenheit hat, einen Einblick in die Organisationsverhältnisse der englischen Arbeiter zu tun, so wird man unbedingt zu dem Urteil kommen, daß wir die Engländer überflügelt haben, daß unsere Gewerkschaften aus anderem Holz geschnitten sind. Es herrschen teilweise recht konservative Einrichtungen in den Verwaltungen, auch ist in vielen Verufen der zentralistische Gedanke noch heute nicht zur Durchführung gelangt. Während das Gewerkschaftsleben Deutschlands sich in den gewaltig emporsteigenden, imposanten Industrieverbänden konzentriert, besteht im Mutterlande des Gewerkschaftswezens noch heute eine endlose Vereinsmeierei und Zersplitterung. Das deutsche Gewerkschaftsleben stellt trotz seiner Zergliederung in Verufen und Industrie einen einheitlichen Organismus dar, bei dem alle Glieder zusammengehören, sozusagen untrennbar sind; jede Bewegung, jeder Aufbruch durchzittert alle Glieder. Die englische Gewerkschaftsbewegung muß noch ein gutes Stück Wegs zurücklegen, bis sie an diesen Punkt gelangt ist. Ihr Einfluß auf das öffentliche Leben des Landes müßte auf Grund ihrer numerischen Stärke viel größer sein, und folgte er vorhanden ist, ist er viel weniger ihrer Einheitlichkeit und inneren Stärke, als den politischen, demokratischen Einrichtungen Englands mit seinen ausgeprägten Staatsbürgerfreiheiten zuzuschreiben. Die Zersplitterung zeigt sich besonders in den ungelerten Verufen. . . .“

Es kann nicht geleugnet werden, daß in den gewerkschaftlichen Kämpfen der englischen Arbeiterklasse in den letzten Jahren ein gewisser Stillstand eingetreten ist. Es ist jedoch eine Tatsache, daß die englische Arbeiterklasse in bezug auf Löhne und wöchentliche Arbeitszeit auch noch heute an der Spitze der europäischen Länder steht. Der größte Vorprung in der Arbeitszeit kommt daher, daß in den meisten Fällen Sonnabends nur bis 12 oder 1 Uhr, höchstens 2 Uhr, gearbeitet wird.

Mit der Arbeiterpresse sieht es in England noch recht traurig aus. Die Gewerkschaften geben wohl Quartalsberichte über ihre Tätigkeit heraus, aber eine Gewerkschaftspresse, wie wir sie in Deutschland haben, kennt man in England nicht. Gerade das ist wohl mit schuld an der teilweise Rückständigkeit des englischen Arbeiters. Das Fehlen einer Gewerkschaftspresse ist um so weittragender, weil in England auch eine einheitliche politische Tagespresse für die Arbeiter fehlt. Wenn man sieht, was der englische Arbeiter liest, wundert man sich nicht über manche Verhältnisse in England. An den Bahnstationen und großen Verkehrsstellen werden abends von den Verkäufern die verschiedensten Zeitungen feilgehalten und die Arbeiter kaufen von dem, der die meisten Neuigkeiten ausbreitet, eine Nummer — ob sie liberal oder konservativ oder sonst was ist, ist ihnen ziemlich gleichgültig, wenn nur sensationelle Neuigkeiten drinstecken. So kann man sich denken, welche geistige Kost der englische Arbeiter genießt.“

Was hier von der englischen Arbeiterbewegung im allgemeinen gesagt ist, trifft auch für unsere englischen Berufsgenossen zu. Bereits in Nr. 41 vom Jahre 1906 brachte die „Buchbinderzeitung“ einen die englischen Buchbinderverbände erläuternden Artikel, in dem gesagt wurde, daß „überm Kanal“ nicht weniger als acht Buchbinderverbände beständen, von denen sechs ihren Sitz in London haben.

Nichtigstellung. In dem Artikel „Witwen- und Waisenversicherung“ hat sich ein sinnförender Druckfehler eingeschlichen. Am Beginn der letzten Spalte muß der Satz heißen: Die teuflische Bestimmung

des § 15 des Volkstarifgesetzes hat also nur Wert für die Reichseinmahnen, die jetzt auf einigermaßen sichere Einkünfte rechnen können, während . . .

Literarisches.

Das **Arbeiterrecht in der Praxis der Postartenindustrie.** Von Fritz Hansen, dessen Arbeiten auf dem Gebiete des Arbeiterrechts allgemein bekannt sind, ist ein neues Werkchen erschienen. Ein statisches Heft, in guter Ausstattung, voll von wertvollem Material, wieder ganz auf die Bedürfnisse der Praxis zugeschnitten. Das schwierige Gebiet des Rechts der Ansichtskarte wird hier erörtert, und zwar in Beziehung auf die alten Arbeiterrechtsgesetze (Kunstschutz, Photographicchutz, Musterchutz) und unter Schilderung der neuen Rechtslage seit dem 1. Juli 1907, an welchem bekanntlich das neue, den Kunst- und Photographiechutz vereinigende Gesetz vom 19. Januar 1907 in Kraft trat. Wechselt durch eine Fülle von Beispielen aus der Praxis und Formularen, bietet die kleine Schrift nicht nur eine leicht und angenehm zu lesende Orientierung auf dem Gebiete des Arbeiterrechtes, sondern sie gibt gleichzeitig wertvolle Winke für die Handhabung der Hebertragung von Arbeiter- und Verlagsrechten, die den Künstlern und Photographen ebenso willkommen sein dürften. Fritz Hansen gibt sogar noch mehr als er in dem Titel sagt. Seht man für Ansichtskarte etwa Menufkarte oder etwas ähnliches, so greifen genau dieselben rechtlichen Verhältnisse Platz. Das Werkchen paßt also auch auf diese Dinge und beweist somit eine Univerfalität, die der behandelte Titel nicht ahnen läßt.

Süddeutscher Postillon, Nr. 6 ruft in seinem farbigen Titelbild den dicken Rod in die Schranken mit seinem Ausspruch: Man müße vor allem die hohen Löhne abschaffen. — Das zweite Farbenbild kennzeichnet die Stützen des Thrones. — Ein drittes schildert die soziale Wohlfahrt und das Schlußbild eine öffentliche Kriegsverhandlung an Bord eines Luftschiffes. — Aus dem reichen literarischen Inhalt heben wir das Zeitgedicht „Vor sechszig Jahren“ hervor. — Das Lied der Arbeit, Ged. v. Ludwig Pratsch. — Preussische Sittenerrettung, Ged. — Politische Karnickeljagd mit Hindernissen, und eine Reihe Beiträge, die sich mit den stürmischen Ereignissen beschäftigen, die seit langem der böse Wetz der braven Welt beschert. — Der „Süddeutsche Postillon“ ist durch den Verlag von M. Ernst in München wie durch die Buchhandlungen und Filialen die Nummer für 10 Pf. zu erhalten.

Von der **„Gleichheit“**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 5 des 18. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Arbeit und Kapital in der Textilindustrie. Von H. Jäckel-Berlin. — Zwei treue Kämpfer des Proletariats. — Arbeitskammern als Mittel zur Verbesserung der Arbeiter. Von Gustav Hoch. — Zur Gebarmenfrage. Von M. St. — Eine freigeiprochene Attentäterin. Von S. Rh. — Sächsishe Fabrikinspektion 1906. I. Von G. Fl. — Die Dienstbotenbewegung marschiert. Von Luise Jick. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Tätigkeitsbericht der Vertrauenspersonen der Genossinnen Leipzig. — Ein freunigher Magistrat im Kampfe gegen das Vereins- und Versammlungsrecht der Arbeiterinnen. — Politische Rundschau. Von S. Rh. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von G. Fl. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Feuilleton: Zeichen. Von Joseph v. Eidenborff. (Gedicht). — Räthsel. Von Gottlieb Schnapper-Arndt. (Fortsetzung.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,20 Mk.

Vom **„Wahren Jacob“** ist uns soeben die 5. Nummer des 25. Jahrganges zugegangen. Sie enthält zunächst ein vorzügliches Porträt des verstorbenen Genossen Karl Hof nebst einem warm empfundenen Nachruf. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir sodann die beiden farbigen Bilder „Blockschiffung“ und „Fischermittwoch“ sowie die Illustrationen „Schwanzbrenners Faschingsfreude“, „Der Wunsch des Patrioten“, „Zum Vogelschütz“, „Zeitgemäße Entwürfe für bayerische Briefmarken“, „Haute volée“, „Die Maskierung des Zentrums“, „Belgische Erzeugnisse“, „Im Kampfe gegen die rote Gefahr“, „Schmükers Gang nach dem Fegfeuer“, „Galgenhumor“, „Die Revolution in Berlin“, „In Herzberge“, „Aus Schwarzis Stützenbuch“, „Entwickelte Blockschiffung“, „Politische Demasierung“ und „Im Dalles“

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hilsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Leipzig. Am 1. März starben unsere Mitglieder 146] [3.— Karl Otto Müller aus Leipzig, 53. Jahre alt und Robert Winkler aus Barthelsdorf, 60 Jahre alt. Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Erlangen. Am Sonntag, den 8. März, verschied nach mehrjährigem Krankenleiden unser Mitglied Herr Ernst Sauerstein im Alter von 49 Jahren.

Deutscher Buchbinder-Verband. Zahlstelle Erlangen. Am 8. März verschied plötzlich unser treuer und langjähriger Kollege 147] [1,20 Ernst Sauerstein Ehre seinem Andenken! Die Verwaltung.

Unserem lieben Kollegen, dem Werkführer Herrn Carl Kasten zu seinem 25 jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Das Personal der Buchbinderei 148] [3,20 E. Wolpers. Wiefelsd, den 6. März 1908.

Revollmächtigte oder Kollegen, die den Aufenthalt des Kollegen Arthur Schumann aus Bennewitz, Buchnummer 7917, kennen, werden gebeten, die Adresse desselben mir baldigst zu übermitteln. 149] Johs. Frey, Stuttgart, Eßlingerstr. 19.

Werkzeug ist Werkzeug glaubte ich früher, als ich die von F. Clement-Leipzig gefertigten noch nicht kannte. 150]



O. Th. Winckler, Leipzig Papier- u. Lederwaren Buchbindereibedarf

Achtung! Berlin. Achtung! (Großer Saal) „Neue Welt“ (Großer Saal) Sonnabend, den 28. März 1908 Gemeinsames Stiftungs-Fest der Zahlstelle Berlin des Deutschen Buchbinder-Verbandes und des Buchbinder-Männerchors, Berlin (M. d. R.-S.-B.) Künstler-Konzert. Männerchöre. Programm. I. Teil. 1. a) Sternennacht. b) Nichtbezagt. Männerchöre. 2. a) Ich liebe Dich. b) Im Blüttenfall. Margarete Krieger-Palm. 3. a) Der Wanderer. b) Ständchen. Eugen Krieger. 4. Romane aus dem Konzert d-moll. Soliste: Fr. Anni Luxenburg. 5. a) Des Nachts wir uns fügen. b) Tragödie. Duette: Margarete Krieger-Palm, Eugen Krieger. II. Teil. 1. a) Heimat. b) Frühling im Herbst. Männerchöre. 2. a) Der Tambour. b) Kleiner Haushalt. Eugen Krieger. 3. a) Wiegenlied. b) Er ist's. c) Niemand hat's gesehn. Margarete Krieger-Palm. 4. a) Der Schwau. b) Gondoliera. Soliste: Fr. Anni Luxenburg. 5. a) Sandmännchen. b) Der Jäger. Duette: Margarete Krieger-Palm, Eugen Krieger. 6. a) Abendfeier. [nicht] b) Ja, ich bin mein Schatz [10,20 Männerchöre. Nach dem Konzert: Grosser Ball. 152] 20 Minuten Pause. Ferner, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach. Anfang des Konzerts 8 1/2 Uhr. Eintrittskarten: 40 Pfg. Die Saaltüren bleiben während der Vorträge geschlossen! — Rauchen erst nach dem Konzert gestattet! — Kinder unter sechs Jahren haben keinen Zutritt! Programm mit Liedertexten am Saaleingang gratis. Eintrittskarten sind zu haben: Bureau, Engel-Ufer 15 II, Zimmer 21, in allen Zahlstellen, bei den Vertrauensleuten und Mitgliedern des Buchbinder-Männerchors.

Zahlstelle Berlin. Montag, den 23. März 1908, abends 6 1/2 Uhr, im großen Saal der Arminhallen, Kommandantenstr. 59 Öffentl. Versammlung aller in Buchbindereien und Buchdruckereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. 158] [4,20 Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Georg Zinke, Leipzig: Die gegenwärtige Lage im Beruf unter besonderer Berücksichtigung des tariflichen Verhältnisses. — 2. Diskussion. In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung erwarten wir vollzähliges Erscheinen. Die Agitations- u. Tarifkommission.

Stuttgart! Der neue Lohnstarif für Kontobucharbeiten ist im Druck erschienen und kann vom Unterezeichneten zu nachfolgenden Preisen bezogen werden: Für Mitglieder komplett 80 Pfg., Porto 20 Pfg. extra. Einzelstarife für Falzen, Einrichten, Gesten, Vorsatz kaschieren, Leimen, Kopierbücherarbeiten mit Fertigmachen, Numerationen, Perforieren 10 Pfg.; für Linieren, Beschneiden, Fertigmachen Detail, Fertigmachen Engros 20 Pfg. Für Nichtmitglieder komplett 2 Mk., Porto 20 Pfg. extra. Oben aufgeführte Einzelstarife 20 Pfg. bzw. 40 Pfg. Porto für Zusendung von Einzelstarife 10 Pfg. extra. Interessenten eruchen wir gefällige Bestellungen baldigst machen zu wollen unter Beifügung des Betrags in Briefmarken oder Einfindung desselben mittelst Postanweisung. Deutscher Buchbinder-Verband :: Zahlstelle Stuttgart 154] Joh. Frey, Eßlingerstr. 19. [4,20

Kartonnagen = Werkführer findet Stellung, desgleichen Kartonnagen = Zuschneider Angebote unter D. D. 519 an Rudolf Woffe, Berlin SW.

Laden mit Wohnung für Buchbinder, verbunden mit Schulbuchhandlung, in demselben wurde 10 Jahre ein Papier- und Schreibwarengeschäft mit Erfolg betrieben, da in der Nähe 5 Schulen, ist sofort zu vermieten. 156] Joh. Gr.-Nächterfelde bei Berlin, Dürerstr. 12.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe in Berlin. Vom 15. März befindet sich meine Wohnung 157] [2,20 Hüchste Straße 4, 3 Treppen. Bernh. Jost, Vorsitzender.

Extra-Unterstützungskasse für Buchbinder u. verw. Gewerbe zu Berlin. Hierdurch machen wir auf obige, seit 35 Jahren bestehende Kasse aufmerksam. Dieselbe zahlt bei einem wöchentlichen Beitrag von 25 Pfg. einen Zuschuß zum Krankengeld von 7 Mk. pro Woche bis zur Höchstdauer von 26 Wochen, sowie eine Beihilfe zum Sterbegeld bis zum Höchstbetrage von 60 Mk. 158] Der Eintritt steht jedem gesunden, zwischen dem 18 und 45 Jahre stehenden Arbeiter einer Buchbinderei oder verwandten Gewerbe, wenn er in Berlin oder dessen Vorort wohnt, frei. Beitritts-Erklärungen nimmt der Rentant der Kasse, S. Lindstäedt, Köpenickerstr. 126 II, werktäglich abends von 6-8 Uhr an. Der Vorstand.

Erster Buchbinder gesucht! Zum baldigen Eintritt suchen wir einen tüchtigen, erfahrenen Buchbinder, der mit modernen Galz- (Gutberlet) und Gestmaschinen genau Bescheid weiß und an rationelles, sauberes Arbeiten gewöhnt ist. Die Leitung unserer neuingerichteten Buchbinderei ist mit dem Posten verbunden. Wir bieten bei guten Leistungen eine angenehme, dauernde Stellung, Ferien und ein angemessenes Gehalt. Ausführliche Offerten erbittet die 159] Sanftatistische Druck- und Verlags-Anstalt, Hamburg, Holstenwall 3/5.

Hebelschneide-Maschinen. 51 cm Schnittlänge mit oder ohne Unterstell. Bewährte Konstruktion. Sehr preiswert. Verl. Sie Off. von Karl Bidlingmeyer, G. m. b. H., Maschinenfabrik, Altbach a. Neckar, Württemberg. 



Dieser Meister und noch viele andere suchen Gehilfen. Näheres durch den Kostenfreien Arbeitsnachweis für Buchbinder O. Th. Winckler, Leipzig Seeburgstraße 47

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige. (Eingetriebene Hilfskasse, Sitz Leipzig.)

Abrechnung des 1. Quartals 1907.

Table with columns for 'Einnahmen' and 'Ausgaben'. It lists various cities and their contributions, followed by a detailed breakdown of expenses including medical treatments, printing costs, and administrative fees. The total income is 249,832 and the total expenditure is 4780,18.

Bilanz:

Summary table showing 'Einnahme' (Income) as 249,832,33 M., 'Ausgabe' (Expenditure) as 4,780,18 M., and 'Kassenbestand' (Cash balance) as 245,052,35 M.

Für die Richtigkeit:

Die Revisoren:

Gustav Glaubig, H. Seidel.

Der Kassierer:

H. Städter.

Leipzig, den 6. März 1908.

Large table titled 'An Krankenunterstützung wurde ausgezahlt in:' showing payments to various cities. It includes columns for 'Medizin und ärztliche Behandlung' and 'Vorhandene Fonds'. The total amount paid is 34,131,60 M., with 2,337,68 M. remaining in the fund.

An Verdrigungsgeld wurde ausgezahlt in:

Table showing payments for 'Verdrigungsgeld' (relief money) to various cities. Total amount is 410 M., with 90 M. remaining in the fund.

*) Hierin ist die Summe des Verdrigungsgeldes mit enthalten.